



Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Richtlinien zur Ausbildungsplatzförderung in der Seeschifffahrt 2013

Vom 9. November 2012

1 Rechtsgrundlage und Zwecksetzung; Gegenstand der Förderung

1.1 Der Bund kann nach Maßgabe dieser Richtlinien, der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen im Seeverkehr und der Verwaltungsvorschriften zu den §§ 23, 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) auf Antrag Zuwendungen an Seeschiffahrtsunternehmen gewähren.

1.2 Die Zuwendung wird als Zuschuss zu den Kosten der Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes an Bord von Seeschiffahrtsunternehmen gewährt. Das mit den Richtlinien verfolgte Ziel ist der Erhalt und die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die die Voraussetzungen nach Nummer 2.3 dieser Richtlinien erfüllen. Damit soll im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen im Seeverkehr das maritime Fachwissen erhalten und verbessert sowie die Beschäftigung deutscher und europäischer Seeleute gefördert werden.

1.3 Die Bearbeitung der Anträge erfolgt nach der Reihenfolge der Antragseingänge, soweit sämtliche für die Bearbeitung notwendigen Unterlagen vorliegen. Die Bewilligungsbehörde entscheidet über die Anträge aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel (sogenanntes Windhundverfahren). Die Auszahlung der Fördermittel erfolgt in der Reihenfolge nach Satz 1 und des Vorliegens der Fördervoraussetzungen. Ein Rechtsanspruch des Antragstellers auf Gewährung des Zuschusses besteht nicht.

2 Zuwendungsempfänger und -voraussetzungen

2.1 Zuschüsse werden Unternehmen gewährt, die ihren Sitz im Geltungsbereich des Grundgesetzes haben und Ausbildungsplätze auf Schiffen nach Nummer 2.2 für den seemännischen Nachwuchs bereitstellen (Seeschiffahrtsunternehmen).

2.2 Schiffe im Sinne dieser Richtlinien sind Seeschiffe,

- die von der Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt e.V., Bremen, als geeignete Ausbildungsstätten für die Berufsausbildung zur Schiffsmechanikerin/zum Schiffsmechaniker anerkannt sind,
- oder die die Voraussetzungen der Nummer II der Richtlinien für die praktische Ausbildung und Seefahrtszeit für die Ausbildung als nautische Offiziersassistentinnen/Offiziersassistenten vom 8. Januar 2009 (Verkehrsblatt 2009, S. 48) erfüllen,
- oder die Voraussetzungen der Nummer II der Richtlinien für die praktische Ausbildung als technische Offiziersassistentinnen/Offiziersassistenten vom 8. Januar 2009 (Verkehrsblatt 2009, S. 53) erfüllen
- und in einem inländischen Schiffsregister eingetragen sind und die Bundesflagge oder die Flagge eines EU-Mitgliedstaates führen und
 - im Eigentum eines deutschen Seeschiffahrtsunternehmens stehen oder
 - diesem aufgrund von Leasing-/Bareboatcharterverträgen überlassen werden.

Für Schiffe, die erst im Verlauf der Ausbildung in ein Seeschiffsregister eingetragen werden und die Bundesflagge oder die Flagge eines EU-Mitgliedstaates führen, gilt dieses ab dem Tag, von dem an die Eintragung in das inländische Seeschiffsregister erfolgt ist und die Bundesflagge bzw. die Flagge eines EU-Mitgliedstaates geführt wird.

2.3 Die Förderung der Bereitstellung der Ausbildungsplätze betrifft die Ausbildung

- zur Schiffsmechanikerin/zum Schiffsmechaniker nach der Schiffsmechaniker-Ausbildungsverordnung und
- zur nautischen und technischen Offiziersassistentin/zum Offiziersassistenten nach den unter Nummer 2.2 genannten Richtlinien des Bundes.

2.4 Die Zuschüsse können solchen Seeschiffahrtsunternehmen versagt werden, an denen

- eine natürliche Person ausländischer Staatsangehörigkeit oder eine juristische Person ausländischen Rechts (gilt nicht für Beteiligte oder Unternehmen aus EU-Mitgliedstaaten) oder
- eine Gebietskörperschaft oder Körperschaft des öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.



2.5 Die Zuschüsse werden nicht an Seeschiffahrtsunternehmen gewährt,

- wenn eine Fortbestandsgefährdung zu Beginn oder während des Ausbildungszeitraums nach Nummer 5.3.1 vorliegt bzw. eintritt. Eine solche Gefährdung ist insbesondere anzunehmen, wenn die fälligen Zinsverpflichtungen nicht beglichen wurden,
- es sei denn, dass eine den Fortbestand des Unternehmens sichernde Regelung getroffen worden ist, oder zur Absicherung möglicher Ansprüche des Bundes bis zum Abschluss des Verwendungsnachweisverfahrens nach Nummer 9 eine Bankgarantie zu Gunsten der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt wird.

Ferner werden Antragstellern, über deren Vermögen ein Insolvenz- oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, keine Zuschüsse gewährt.

Dasselbe gilt für Antragsteller und, sofern der Antragsteller eine juristische Person ist, für den Inhaber der juristischen Person, die eine eidesstattliche Versicherung nach § 807 der Zivilprozessordnung (ZPO) bzw. § 284 der Abgabenordnung (AO 1977) abgegeben haben oder zu deren Abgabe verpflichtet sind.

3 Art und Höhe der Zuwendungen

3.1 Die Förderung erfolgt im Wege der Projektförderung. Es wird ein fester Betrag der zuwendungsfähigen Ausgaben bewilligt (Festbetragsfinanzierung). Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt.

3.2 Bei Schiffen nach Nummer 2.2 wird pro besetzten Ausbildungsplatz folgender Zuschuss gewährt:

- Schiffsmechanikerin/Schiffsmechaniker:
25 500 Euro,
- Nautische Offiziersassistentin/Nautischer Offiziersassistent:
12 750 Euro,
- Technische Offiziersassistentin/Technische Offiziersassistent:
17 000 Euro.

4 Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendungen

Voraussetzung für die Gewährung ist die Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes. Dies ist der Fall, wenn für den Ausbildungsplatz ein Ausbildungsverhältnis wie folgt nachgewiesen wird:

- zur Schiffsmechanikerin/zum Schiffsmechaniker vor dem 1. November 2013 mindestens fünf Monate bestanden hat und das Ausbildungsverhältnis noch nicht gefördert wurde;
- bezogen auf die praktische Ausbildung und Tätigkeit als Offiziersassistentin/Offiziersassistent nach den unter Nummer 2.2 genannten Richtlinien des Bundes vor dem 1. November 2013 ordnungsgemäß beendet und das Ausbildungsverhältnis noch nicht gefördert wurde.

5 Verfahren

5.1 Antragsverfahren

5.1.1 Bewilligungsbehörde ist das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH).

5.1.2 Anträge auf Gewährung von Zuschüssen sind

bis zum 31. Oktober 2013

zu stellen.

5.1.3 Die Anträge sind auf den dafür vorgesehenen Formularen an das

Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie
Bernhard-Nocht-Straße 78
20359 Hamburg

zu richten.

5.1.4 Den Anträgen sind beizufügen:

- eine Versicherung, dass dem Antragsteller die in Nummer 8 dieser Richtlinien aufgeführten Tatsachen als subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges bekannt sind;
- eine Erklärung des Antragstellers, dass kein Insolvenz- oder vergleichbares Verfahren über sein Vermögen beantragt oder eröffnet wurde und ferner keine eidesstattliche Versicherung nach § 807 ZPO bzw. § 284 der AO (1977) abgegeben worden ist oder abgegeben werden muss;
- eine Erklärung des Antragstellers, dass das Ausbildungsverhältnis noch nicht gefördert wurde;
- eine Bestätigung eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters, ob und inwieweit die fälligen Zinsverpflichtungen beglichen worden sind;
- bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Nummer 4 eine Bestätigung der Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt e.V., Bremen,



- dass das auf das einzelne Schiff bezogene jeweilige Ausbildungsverhältnis zur Schiffsmechanikerin/zum Schiffsmechaniker vor dem 1. November 2013 mindestens fünf Monate bestanden hat;
- dass die praktische Ausbildung als Offiziersassistentin/Offiziersassistent vor dem 1. November 2013 ordnungsgemäß beendet war.

5.1.5 Jede Änderung einer die Förderfähigkeit begründenden Tatsache ist der Bewilligungsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

5.2 Bewilligungsverfahren

Eine Zuwendung wird durch schriftlichen Zuwendungsbescheid des BSH bewilligt.

5.3 Anforderungs- und Zahlungsverfahren

5.3.1 Die bewilligten Mittel werden den Antragstellern oder auf deren Antrag einem Dritten für den Bewilligungszeitraum in drei Jahresraten ausgezahlt. Die erste Rate wird im Jahr der Bewilligung, die zweite und dritte Rate 12 bzw. 24 Monate nach Beginn des Bewilligungszeitraumes ausgezahlt. Bewilligungszeitraum ist der Ausbildungszeitraum des jeweiligen Ausbildungsverhältnisses. Sofern die Zuschüsse zu den Ausbildungsplatzkosten erst im Laufe des Bewilligungszeitraums bewilligt werden, werden die Raten, die bereits fällig geworden sind, in einem Betrag ausgezahlt.

5.3.2 Es werden nur volle Euro-Beträge ausgekehrt.

6 Rückzahlung der Zuschüsse

Wird im Bewilligungszeitraum das Schiff, auf dem der Ausbildungsplatz bereit gestellt wird und die Ausbildung stattfindet, veräußert oder ist es nicht mehr im inländischen Schiffsregister eingetragen, oder führt nicht mehr die Bundesflagge bzw. die Flagge eines EU-Mitgliedstaates, oder gerät das Schiff in Totalverlust und/oder wird für das Schiff die Anerkennung als Ausbildungsstätte widerrufen, sind die während des Bewilligungszeitraumes für die Ausbildung auf diesem Schiff ausgezahlten Zuschüsse anteilig zurückzuzahlen. Dies gilt auch, wenn die Ausbildung aus anderen Gründen abgebrochen oder unterbrochen wird. Soweit das jeweilige Ausbildungsverhältnis auf einem anderen Handelsschiff fortgesetzt wird, das ebenfalls die Voraussetzungen nach Nummer 2.2 erfüllt, können auf Antrag die zurückgezahlten Zuschüsse für die Ausbildung auf diesem Handelsschiff gewährt werden.

7 Allgemeine Bedingungen

7.1 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie den Nachweis und die Prüfung der Verwendung, die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung einschließlich Verzinsung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu den §§ 23, 44 BHO sowie die §§ 48 bis 49a des Verwaltungsverfahrensgesetzes, soweit nicht in diesen Richtlinien Abweichungen zugelassen werden.

7.2 Der Bundesrechnungshof ist gemäß §§ 91, 100 BHO zur Prüfung berechtigt.

8 Subventionserhebliche Tatsachen

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) sind insbesondere alle Tatsachen und Angaben

- zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers im Antrag, d. h.
 - zum Sitz des Unternehmens und
 - zu den Beteiligungen;
- zu dem Seeschiff/den Seeschiffen, auf denen Ausbildungsplätze bereitgestellt werden, d. h.
 - zur Anerkennung als geeignete Ausbildungsstätte durch die Berufsbildungsstelle Seeschiffahrt e.V.,
 - zur Eintragung des jeweiligen Schiffes im deutschen Seeschiffsregister,
 - zu den Eigentumsverhältnissen an diesem Schiff bzw. ggfs. existierenden Leasing-/Bareboatcharterverträgen sowie
 - zur geführten Flagge;
- in den Erklärungen des Antragstellers, dass
 - kein Insolvenz- oder vergleichbares Verfahren über sein Vermögen beantragt oder eröffnet worden ist,
 - keine eidesstattliche Versicherung nach § 807 ZPO oder § 284 AO (1977) abgegeben wurde oder abzugeben ist,
 - das Ausbildungsverhältnis noch nicht gefördert wurde;
- eine Bestätigung eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters, ob und inwieweit die fälligen Zinsverpflichtungen beglichen worden sind;
- (bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Nummer 4) die Bestätigung der Berufsbildungsstelle Seeschiffahrt e.V., Bremen, dass
 - das auf das einzelne Schiff bezogene jeweilige Ausbildungsverhältnis zum/zur Schiffsmechaniker/in vor dem 1. November 2013 mindestens fünf Monate bestanden hat,
 - die praktische Ausbildung als Offiziersassistent/in vor dem 1. November 2013 ordnungsgemäß beendet war;



- zu den Ausbildungsplätzen, d. h.
 - zu den Voraussetzungen der Nummer II der Richtlinien für die praktische Ausbildung und Seefahrtszeit für die Ausbildung als nautische Offiziersassistentinnen/Offiziersassistenten vom 8. Januar 2009 (Verkehrsblatt 2009, S. 48),
 - Voraussetzungen der Nummer II der Richtlinien für die praktische Ausbildung als technische Offiziersassistentinnen/Offiziersassistenten vom 8. Januar 2009 (Verkehrsblatt 2009, S. 53);
- zu sämtlichen beantragten und ggfs. bereits bewilligten Zuwendungen des Bundes, eines Bundeslandes, einer Kommune oder der EU für das geförderte Ausbildungsverhältnis;
- die dem BSH nach den Bestimmungen der Richtlinien mitzuteilen sind, weil sich z. B. die für die Bewilligung maßgeblichen Gründe geändert oder sogar ganz weggefallen sind. Dazu zählen
 - die Veräußerung oder der Totalverlust des Schiffes,
 - der Widerruf der Anerkennung als Ausbildungsstätte,
 - der Wechsel des/r Auszubildenden auf ein Schiff, das nicht die Voraussetzungen nach Nummer 2.2 erfüllt und
 - der Abbruch der Ausbildung.

9 Verwendungsnachweis

Die Verwendung der Zuschüsse ist dem BSH bis spätestens sechs Monate nach dem Ende der Ausbildung nachzuweisen.

Der Verwendungsnachweis besteht gemäß Verwaltungsvorschrift Nummer 10 zu § 44 BHO aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. Die Anforderungen an den Sachbericht sind in Nummer 6.2.1 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) geregelt. Darüber hinaus ist im Sachbericht darzulegen, dass das jeweilige Schiff, auf dem der Ausbildungsplatz bereit gestellt wurde und die Ausbildung stattfand, während dieser Ausbildungszeit im deutschen Schiffsregister eingetragen war, die Bundesflagge oder die Flagge eines EU-Mitgliedstaates geführt hat bzw. zu welchem Zeitpunkt das Schiff veräußert oder nicht mehr die Bundesflagge bzw. die Flagge eines EU-Mitgliedstaates geführt hat, oder in Totalverlust geraten ist, wie lange die Ausbildungsplätze mit Auszubildenden besetzt waren und/bzw. die Anerkennung als Ausbildungsstätte widerrufen wurde und wann der/die Auszubildende die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat.

10 Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten am Tag nach Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft.

Bonn, den 9. November 2012

Bundesministerium
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Im Auftrag
Hilde Kammerer